

Vorlage Nr.: 2025/062

Berichtsvorlage

öffentlich

Beratungsfolge	Verfasser*in	Sitzung am
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	Herr Hundt	24.02.2025

Auswirkungen der Haushaltsaufstellungen von Land und Bund auf die Umsetzung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik im Kreis Recklinghausen

Darstellung des Sachverhaltes:

In der Sitzung des Kreistages am [25.11.2024](#) waren die Haushaltsaufstellungen seitens des Landes NRW und des Bundes in der öffentlichen Diskussion, die starke Auswirkungen auf die Sozialbereiche und die Arbeitsverwaltungen befürchten ließen. Auf Grund der noch nicht verabschiedeten Haushalte im Land und Bund wurde seitens des Landrates eine Einschätzung der Verwaltung zum nächsten Fachausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (AGS) zugesagt. Der Zusage wird mit diesem Bericht und mündlichen Ergänzungen in der Sitzung am 24.02.2025 nachgekommen.

Die angekündigten Mittelkürzungen in Höhe von mehr als 80 Mio. € für den Sozialetat des Landes wurden in weiten Teilen nicht beschlossen. Gleichwohl sind Kürzungen in einer Größenordnung von rund 30 Mio. € zu verzeichnen. Die seitens der Kreispolitik gewünschte Einordnung, ob diese Kürzungen eine unmittelbare Auswirkung auf die Arbeit vor Ort im Kreis Recklinghausen haben, kann weiterhin nicht seriös abgegeben werden. Eine entsprechende Anfrage an die Träger der freien Wohlfahrtspflege ist erfolgt. Die vorliegenden Rückmeldungen sind wenig belastbar, da den Verbänden in den meisten Fällen noch keine Bewilligungsbescheide zugegangen sind, die einen Soll-Ist-Abgleich zulassen. Gleichwohl besteht aktuell viel Unsicherheit über die aktuelle und künftige finanzielle Ausgestaltung der bestehenden Angebote über die betroffenen Politikfelder.

Seitens des Bundes wurde der Haushalt eingebracht, aber durch den Bundestag nicht verabschiedet. Für das Jobcenter bedeutet dies eine vorübergehende vorläufige Haushaltsführung mit den vom Bund übermittelten Finanzdaten. Diese haben sich zum Stand der letzten Sitzung zwar leicht positiv, in der Auswirkung aber nicht grundlegend verändert. Gleichwohl werden die zur Verfügung stehenden Mittel zu einer Konsolidierung der Förderungen in der Integrationsarbeit führen.



Klimpel
Landrat



Schad
Kreisdirektor



Hundt
Fachbereichsleitung

Zudem haben die kirchlichen Verbände angekündigt, dass auf Grund geringer ausfallender Kirchensteuerzuwendungen auch dort eine Überprüfung von Diensten, die über die Zuwendungen (teil-) finanziert werden, erfolgen muss. Hierbei kann eine Reduzierung oder Wegfall der Unterstützungsleistungen nicht ausgeschlossen werden.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung der Vorlage kann leider keine konkrete Vorlage erstellt werden. Die aktuellen Entwicklungen werden daher in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales durch die Fachbereichsleitungen und der gewählten Sprecherin der Wohlfahrtsverbände Frau Veronika Borghorst dargestellt.